

Eurokrise



Was ist zu tun?

Krisenverschärfung droht

Die Eurokrise droht sich zu einer neuen großen Wirtschaftskrise auszuweiten. Dazu trägt vor allem die Politik der Sozialdemontage gegenüber den Schuldnerstaaten bei, die deren strukturelle volkswirtschaftliche Probleme nicht löst, sondern zusätzlich verschärft. Die „Rettungsschirme“ schützen die Profite der international operierenden Banken und Kapitalanleger. Für die Mehrheit der Menschen in den betroffenen Staaten bedeuten sie hingegen Armut und Ausbeutung. Werden die geplanten Kürzungsprogramme in Portugal, Spanien und Italien umgesetzt, droht ein enormer Wirtschaftseinbruch durch ausfallende Kaufkraft. Es ist absehbar, dass diese Entwicklung auch auf die deutsche Wirtschaft durchschlagen wird, in erster Linie auf die exportorientierten Branchen, auf die etwa 40 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung entfallen.

Ein ganzheitliches Konzept ist notwendig

Offensichtlich können weder die Eurokrise, noch die heraufziehende Wirtschaftskrise bewältigt werden durch die gegenwärtige Strategie der Sozialde-

die **far**bechten

DIE LINKE.

Stadtteilgruppe
Rödelheim Praunheim
Hausen Westhausen
Industriehof



montage und der Ausplünderung öffentlichen Eigentums in den Schuldnerländern. Erforderlich ist stattdessen ein schlüssiges, ganzheitliches Konzept, das sich aus Sofortmaßnahmen sowie mittel- und längerfristigen Maßnahmen zusammensetzt. Ein derartiges Konzept hat der Wirtschaftswissenschaftler Heinz-J. Bontrup vor kurzem in seinem Artikel „EU-Krise und kein Ende“ veröffentlicht. Wir greifen darauf zurück, und ergänzen seine aus unserer Sicht wichtigsten Forderungen mit weiteren aus der LINKEN und der IG Metall.

Sofortmaßnahmen

Als erster Schritt müssten die Besitzer großer privater Vermögen angesichts der gigantischen Umverteilung vor der Eurokrise mit einem Schuldenschnitt („hair cut“) einen wesentlichen Beitrag leisten. Der Schuldenschnitt könnte etwa in zwei Stufen erfolgen: Zunächst einmal werden die reichen Gläubiger in den Schuldnerstaaten durch eine „Sonderkrisensteuer“ beim Abbau der Staatsschulden beteiligt. Danach erst werden die ausländischen Gläubiger zum Schuldenschnitt herangezogen. Zusätzlich sind als kurzfristige Maßnahme die unkontrollierten Spekulationsgeschäfte auf Staatsschulden zu verbieten. Auch ist eine Befreiung der Staatsfinanzen von der Diktatur der Finanzmärkte nötig. Möglich wäre dies mit einer öffentlichen Bank, die die günstigen 1,5 Prozent EZB-Zinsen an Euro-Staaten weiterreicht, ohne den Umweg über die privaten Geschäftsbanken zu machen. Weiter ist in Europa sofort eine spürbare Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte einzuführen.

In der deutschen Arbeits- und Sozialpolitik sind folgende kurzfristige Maßnahmen nötig, um der drohenden Wirtschaftskrise mit steigender Massenarbeitslosigkeit und massiv sinkender Kaufkraft entgegenzusteuern:



- Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 Euro
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde.
- Einführung eines Aufbau- bzw. Zukunftsprogramms über 125 Milliarden Euro jährlich
- Ermöglichung der Kurzarbeit für 2 Jahre

Mittel- und langfristige Maßnahmen

In Europa muss eine grundlegende wirtschaftspolitische Neuorientierung stattfinden mit einer gerechteren Verteilung der wirtschaftlich geschaffenen Werte im Mittelpunkt. Beispielsweise ist das enorme private Geldvermögen mit einer europaweit vereinheitlichten Vermögensteuer zu belegen. Notwendig ist weiterhin eine zwischen den EU-Mitgliedstaaten abgestimmte europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung und langfristig ausgerichtete Konjunkturprogramme bekämpft und dafür sorgt, dass Export- und Importabhängigkeiten der einzelnen EU-Länder schrittweise abgebaut werden. Die Machtbefugnisse der Kommission und des Europäischen Rats sind endlich einer wirksamen demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. In allen vergemeinschafteten Politikbereichen muss deshalb das Europäische Parlament die volle Gesetzgebungskompetenz erhalten. Nicht zuletzt ist es nötig, dass die Europäische Zentralbank von ihrer einseitigen Geldpolitik Abstand nimmt, die sich an der Erhaltung großer Geldvermögen orientiert.

Wir wollen ein demokratisches, soziales, friedliches und ökologisches Europa!

Die Europäische Währungsunion und mit ihr die EU sind in ihrer derzeitigen Verfassung nicht überlebensfähig. Die Konstruktion der Europäischen Währungsunion war von Anfang an von Profitinteressen und Hegemoniebestrebungen der größten Mitgliedstaaten bestimmt, mit Deutschland an der Spitze.



Aus diesem Grund war eine Angleichung der vielfältigen Unterschiede in Produktivität, Wirtschaftsstruktur und Leistungsbilanz ebenso wenig möglich, wie die Entwicklung gemeinsamer Standards in der Finanz-, Steuer-, und Sozialpolitik.

Eine Fiskalunion der mächtigsten EU-Staaten würde diese Situation nur noch zusätzlich verschärfen. Die Kürzungsprogramme und Privatisierungspläne in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zeigen, wohin die Reise geht. Die Krise des Euro dient den wirtschaftlichen und politischen Eliten als Rechtfertigung, um die Mehrheit der Menschen noch schlimmer auszubeuten und sich die Werte ihrer Arbeit anzueignen.

Die gegenwärtigen Maßnahmen zeigen in aller Deutlichkeit die logischen Konsequenzen einer Europäischen Union, die undemokratisch organisiert und kapitalistisch ausgerichtet ist. Wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung, wenn wir die zunehmende Ausbeutung, Enteignung und Unterdrückung der Menschen in Europa aufhalten wollen. Dies alles können wir nur gemeinsam und mit vielen Menschen erreichen! Bitte setzen Sie sich mit uns für ein Europa ein, das endlich für seine Bürger da ist, auch so spricht und handelt!

die farbechten

DIE LINKE.

Stadtteilgruppe

Rödelheim Praunheim Hausen Westhausen Industriehof

Kontakt zu den farbechten / DIE LINKE

Claus David, Breitlacherstr. 56, 60489 Frankfurt,
Telefon und Fax: 78 42 69, E-Mail: david.buc@web.de

Inge Pauls, Schenckstr. 66, 60489 Frankfurt,
Telefon: 7 89 54 50, E-Mail: ingepauls@web.de

Internet: <http://www.die-farbechten.de>

Internet: <http://www.linke-frankfurt.de>

Satz + Gestaltung: H.-P. Köhler, 60489 Frankfurt am Main

